

Problem professioneller Einsatz gewerblicher Multikopter unter der neuen LuftVO

die neue Verordnung für den Betrieb unbemannter Fluggeräte ist gerade mal 14 Tage in Kraft. Sie sollte mehr Sicherheit im Umgang mit Multikoptern (Drohnen) bringen und die gewerbliche Nutzung erleichtern und deren Entwicklung fördern. So waren die vielversprechenden Worte des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Doch was ist nun daraus geworden und was sind die Folgen? Durch die neue Verordnung ist es uns als Copter-Unternehmen aufgrund der Beschränkungen des § 21b zur Zeit unmöglich, viele der bestehenden oder neuen Aufträge zu erfüllen.

Für den gewerblichen Einsatz sind damit gewaltige Hürden entstanden. Dabei gehen doch gerade gewerbliche Copter-Unternehmen mit Bedacht und sicher vor, um ihre Investitionen zu schützen, und halten sich an die Regeln.

Besonders das Überflugverbot von Wohngrundstücken ohne entsprechende Erlaubnis des Grundstückseigentümers und aller Verfügungsberechtigten bereitet uns als gewerbliche Copter-Piloten in der Praxis große Probleme, weil es oft weder möglich noch wirtschaftlich realisierbar ist, von allen Betroffenen die erforderliche Erlaubnis einzuholen. Hiervon sind vor allem Copter-Unternehmen betroffen, die Filmproduktionen, Aufnahmen für Immobilien-Unternehmen, filmische Baudokumentationen oder Vermessungen für Geo-Mapping erstellen.

Zusätzlich sind nun pauschal seitliche Mindestentfernungen von 100 Meter zu Bundesfernstraßen, Bundeswasserstraßen und Bahnanlagen festgelegt, sodass in diesen Bereichen keine Inspektions- oder Vermessungsflüge mehr durchgeführt werden können. Gleiches gilt für Menschenansammlungen, selbst wenn in nur sehr geringer Höhe mit genügend Abstand geflogen wird. Ein Problem für die Erstellung von Event- und Hochzeitsfilmen.

Eine Möglichkeit, gewerblichen Copter-Unternehmen den wirtschaftlichen Betrieb doch zu ermöglichen, ist die **Erteilung einer Ausnahmeerlaubnis vom § 21b**. Aber leider halten sich viele Landesluftfahrtbehörden in der Praxis noch zurück, eine Ausnahmeerlaubnisse vom § 21b zu erstellen. Die existenzielle Bedrohung einer eigentlich sehr aussichtsreichen Branche, welche durch die Einschränkungen an der Ausführung seiner Tätigkeit gehindert ist, wird von einigen Landesluftfahrtbehörden offensichtlich noch nicht als solche erkannt.

Auf die Wichtigkeit von Ausnahmeerlaubnissen hat der **Bundesverband Copter Piloten e.V.** bereits am 8. April in seiner E-Mail sowie am 18. April in seinem erneuten Schreiben an alle Landesluftfahrtbehörden hingewiesen und in der **Petition an Herrn Bundesminister Alexander Dobrindt** nochmal auf die Missstände aufmerksam gemacht und eine schnelle Lösung der dringenden Probleme gefordert, beispielsweise durch den Erlass einer entsprechenden Durchführungsverordnung an die Landesluftfahrtbehörden.

Auch wenn diese Einschränkungen sicher mit der besten Absicht festgelegt wurden, stellt diese Situation für viele professionelle Einsätze quasi ein Berufsverbot dar, weil so ein großer Teil der Aufträge unmöglich gemacht werden oder wirtschaftlich nicht realisierbar sind.

Die Existenz vieler Unternehmen steht auf dem Spiel. Besonders in Anbetracht der erheblichen finanziellen Investitionen in technische Ausrüstung, Personal und Ausbildung, die von vielen bereits getätigt wurden. Dies trifft nicht nur die gewerblichen Copter-Dienstleister. Auch Händler melden bereits extreme Umsatzrückgänge.

Die Möglichkeit für eine **dauerhafte Ausnahmeregelung von den Betriebsverboten** ist in Absatz 3 des § 21b ausdrücklich vorgesehen und für gewerbliche Copter-Unternehmen von existenzieller Bedeutung. Eine kurzfristige Lösung bedeutet Schadensbegrenzung und wieder eine Perspektive für eine erfolgsversprechende Branche.

Ein gutes Beispiel, wie so eine Lösung aussehen könnte, zeigt die Landesluftfahrtbehörde Niedersachsen mit ihren Onlineformularen zu Ausnahmeanträgen. Hier wird eine bereits bestehende Allgemeine Aufstiegserlaubnis übergangsweise bis zum 1. Oktober 2017 als erweiterter Kenntnissnachweis anerkannt und mit Kenntnissnachweis nach § 21a ist auch für die Zukunft ein Betrieb mit Sondererlaubnis möglich.

Deshalb ist es zwingend erforderlich, die Handlungsfähigkeit von Unternehmen wieder her zu stellen, indem gewerblichen Copter-Piloten vermehrt einzelne und längerfristige Ausnahmen vom § 21b bewilligt werden, wie sie für bestimmte Einsatzbereiche von gewerblich genutzten Multikoptern zwingend nötig sind.

Wir bitten Sie hiermit höflichst, sich für unsere Copter-Community einzusetzen und uns bei der Petition des BVCP, zu finden unter **www.bvcp.de**, zu unterstützen: denn jeder Tag zählt!

Mit freundlichen Grüßen